

Pensionsreform: Experte drängt auf Umsetzung, SP will klagen

Regierung ringt um Einigung

Die Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ über die Pensionsreform dürften auch am Wochenende noch keine Einigung gebracht haben. Einige Details sind offenbar noch immer nicht geklärt. Unterdessen meldeten sich Kritiker und Befürworter der Pensionsreform zu Wort: Während SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer ankündigte, die Pensionsreform vor den Verfassungsgerichtshof zu bringen, forderte der Pensionsexperte Bernd Marin ihre rasche Umsetzung und warnte vor einer neuerlichen Verschiebung.

Ursprünglich geplant war, bereits heute den Entwurf für das Budgetbegleitgesetz in Begutachtung zu geben, doch steht eine Einigung über die Details der Pensionsreform nach wie vor aus. Zuletzt waren die Verhandlungen auf der Ebene der Regierungsspitzen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Herbert Haupt geführt worden.

Aus Regierungskreisen war gestern zu hören, dass die geplanten Abfederungsmaßnahmen für Frauen zur Pensionsreform noch nicht in dem Begutachtungsentwurf enthalten seien. Sie sollen aber dann im Rahmen der parlamentarischen Behandlung noch hinzugefügt werden. Bei den Abfederungen für Frauen geht es im Wesentlichen darum, die Zeiten der Kindererziehung besser anzurechnen.

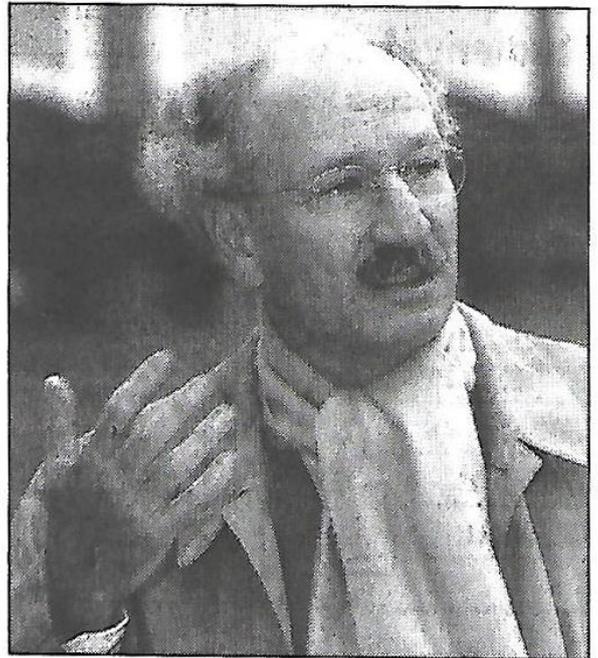
Spekulationen tauchten am Sonntag auch auf, das Budgetbegleitgesetz könnte am Montag überhaupt vorerst ohne die Pensionsreform in Begutachtung geschickt werden.

Unterdessen hielt auch am Wochenende die Diskussion über die Reform weiter an. Pensionsexperte Marin meinte: „Es muss gleiche Regeln für alle geben, egal, ob ASVG oder Beamte“, erklärte er in der „Kleinen Zeitung“.

Ihn stimmten Forderungen nach einer Verschiebung der Reform „skeptisch“.

„Es kriechen schon wieder alle Lobbys aus ihren Stellungen, schon hört man, verschieben wir's halt noch einmal um fünf Jahre.“ Die Reform müsse sofort beginnen.

SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer will dagegen die neuerliche Erhöhung des Frühpensionsalters, das die Koalition schrittweise ab dem Jahr 2004 bis 2010 abschaffen will, vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpfen, erklärte er im gestrigen „Kurier“.



Pensionsexperte Marin. Foto: APA